

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 19.11.2012

Es gilt das gesprochene Wort

**Dok 121: Resolution an die Regierung der DG betr. DBA
Rentner**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Im Volksmund heißt es manchmal salopp, wenn jemand behauptet er müsse dringend etwas tun: "Es gibt nur zwei Dinge, die man muss: Steuern zahlen und sterben"

Wenngleich das erste „muss“ (das Steuern Zahlen) auch nicht immer auf alle zuzutreffen scheint, so ist das zweite (das Sterben) bisher zumindest uns allen gewiss.

Aber im Ernst: Steuern sind ein lästiges, aber unerlässliches Übel. Ein Gemeinwesen kann nicht ohne gemeinsam verwaltete und für alle eingesetzte Gelder funktionieren.

Wenn wir bei Ausflügen oder Geselligkeiten eine gemeinsame Kasse bilden, aus der alles beglichen wird, so tun wir das freiwillig und gerne so lange wir darauf vertrauen können, dass niemand auf Kosten der anderen lebt.

Genau so ist es mit den Steuern. Wohl kaum jemand stellt das Prinzip der Steuern in Frage, so lange er das Gefühl hat, dass jeder Einzelne in

gerechtem Maß am Zustandekommen der gemeinsamen Steuerkasse beteiligt wird und dass die Gelder sinnvoll und vernünftig ausgegeben werden.

So geht es in dieser Resolution auch nicht darum, das im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Belgien und Deutschland 1967 verankerte Recht der BRD auf Besteuerung von deutschen Altersrenten in Frage zu stellen.

Die im Ausschuss 1 einstimmig verabschiedete Resolution, Dokument 121, erwächst vielmehr aus dem Bemühen, dass die betroffenen Rentenempfänger bestmöglich über ihre Rechte bzw. über den korrekten oder für sie günstigsten Steuertarif informiert werden können – oder darüber, dass sie eventuell ganz von der Steuer befreit werden könnten.

Die ProDG-Fraktion unterstützt daher selbstverständlich die in der Resolution angeführte Aufforderung an die Regierung, die darauf abzielt, die bestehende Informationsvermittlung zu verbessern, die Einspruchsfristen zu verlängern und die Zusammenarbeit der belgischen und deutschen Steuerbehörden zu verbessern, damit die betroffenen Rentenempfänger ihre Rechte bestmöglich wahren können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.